

# Demokratie **leben!**

Aktiv gegen Rechtsextremismus,  
Gewalt und Menschenfeindlichkeit

## **Handlungskonzept der Stadt Minden**

zur Förderung einer *Lokalen Partnerschaft für Demokratie*

im Rahmen des Bundesprogramms  
„Demokratie leben!  
Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt  
und Menschenfeindlichkeit“

Erste Fortschreibung November 2016

Minden 

# **Inhalt**

## **1. Einführung und bisherige Entwicklung**

## **2. Ergebnisse und Erkenntnisse der zweiten Demokratiekonferenz**

- 2.1. Jugendforum
- 2.2. Demokratie
- 2.3. Nationalismus und Patriotismus
- 2.4. Gesamtfazit

## **3. Ziele und Handlungsfelder der Partnerschaft für Demokratie**

- 3.1. Entwicklung und Schulung
  - 3.1.1. Bestandsaufnahme
  - 3.1.2. Zielgruppen und Methoden
  - 3.1.3. Handlungsempfehlungen
- 3.2. Bildung und Chancengleichheit
  - 3.2.1. Bestandsaufnahme
  - 3.2.2. Zielgruppen und Methoden
  - 3.2.3. Handlungsempfehlungen
- 3.3. Begegnung
  - 3.3.1. Bestandsaufnahme
  - 3.3.2. Zielgruppen und Methoden
  - 3.3.3. Handlungsempfehlungen
- 3.4. Verbindung und Verbindlichkeit
  - 3.4.1. Bestandsaufnahme
  - 3.4.2. Zielgruppen und Methoden
  - 3.4.3. Handlungsempfehlungen

## **4. Fazit und Ausblick**

# **1. Einführung und bisherige Entwicklung**

Seit 2011 besteht der Lokale Aktionsplan (LAP) in Minden, der das Engagement der Mindener gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und für Toleranz und die Förderung einer lebendigen Demokratie mit einer aktiven Zivilgesellschaft unterstützt.

Die Anfänge dieses Engagements liegen schon in den 1960er Jahren, zum Beispiel in der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, dem Versöhnungsbund oder seit den 1970er Jahren bei der Aktionsgemeinschaft Friedenswoche und den in ihrem Umfeld entstandenen Initiativen und Projekten.

2006/2007 wurde das demokratische Gemeinwesen auf die Probe gestellt, als Neonazi-Kameradschaften aus dem benachbarten Schaumburg-Lippe in Minden aufmarschierten und in der Stadt Fuß fassen wollten.

In dieser Situation zeigte sich die Tragfähigkeit des z. T. seit Jahrzehnten bestehenden Engagements in der Stadt und auf Initiative des damaligen Bürgermeisters trat den rechtsextremistischen Aufmärschen ein ausgesprochen breites bürgerschaftliches Bündnis erfolgreich entgegen. Mit großer Beteiligung der Mindener Bevölkerung konnte so in den Jahren 2006 / 2007 anlässlich von insgesamt vier Neonazi-Demonstrationen ein deutliches Zeichen gegen Rassismus, Antisemitismus und menschenverachtende Ideologie gesetzt werden.

Die Partner dieses Bündnisses beschlossen, in Zukunft nicht nur auf Aktionen von Neonazis zu reagieren, sondern aktiv für ein weltoffenes und demokratisches Minden einzustehen. So wurde im März 2008 das Bündnis „Minden für Demokratie und Vielfalt“ gegründet, das diese Aktivitäten von nun an gebündelt und koordiniert hat.

Für dieses Engagement wurde die Stadt 2008 von der Bundesregierung mit dem Titel „Ort der Vielfalt“ ausgezeichnet.

Folgerichtig hat sich die Stadt Minden auf Initiative des Bündnisses, das sich inzwischen im Verein „Minden – Für Demokratie und Vielfalt e. V.“ eine verbindlichere Struktur gegeben hatte, um Mittel aus dem 2011 gestarteten Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN beworben. Bis Ende 2014 konnten so im Rahmen des LAP zahlreiche Projekte mit Fördergeldern aus diesem Programm unterstützt werden. Über 3.000 Menschen nahmen insgesamt daran teil.

Der LAP in Minden verfolgte und verfolgt nach wie vor das Ziel, dass sich viele Menschen in unserer Stadt für ein tolerantes und harmonisches Miteinander der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und gegen jede Art von Extremismus, besonders gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit engagieren. Dabei geht es vor allem um Prävention, weshalb auch die Themen Alltagsrassismus und Integration immer wieder in den Fokus der Arbeit rücken.

Im zuständigen Gremium, dem Begleitausschuss, der aus Vertreterinnen und Vertretern von lokalen Initiativen, Vereinen, Institutionen, Verbänden, der Stadtverwaltung und Politik und anderen Akteuren der Mindener Stadtgesellschaft besteht, wurde für den LAP Minden eine leitende Zielsetzung für alle Projekte verabschiedet, die bis heute Gültigkeit hat.

Seit dem 01.01.2015 wird die Stadt Minden aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ gefördert. Dieses Bundesprogramm löst das Vorgängerprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ ab und zielt ausdrücklich auf die konzeptionelle Fortsetzung und Weiterentwicklung der erfolgreichen Arbeit der Lokalen Aktionspläne in Form von sogenannten „lokalen Partnerschaften für Demokratie“.

In der Leitlinie des Bundesprogramms wird dazu ausgeführt, dass es in den lokalen Partnerschaften für Demokratie vor allem gelte, die bereits in den Vorgängerprogrammen formulierten Zielstellungen weiter und nachhaltig auszubauen, da eine systematische, kontinuierliche und anlassunabhängige

Strategieplanung und Verstetigung des präventiven Vorgehens für den Erfolg der Arbeit wesentlich sei.

Die Koordinierungs- und Fachstelle und das federführende Amt (in Minden der Zentrale Steuerungsdienst im Geschäftskreis des Bürgermeisters) sind daher aufgefordert, mindestens einmal im Jahr alle relevanten zivilgesellschaftlichen Akteure, entsprechende Einrichtungen und Verantwortliche aus Politik und Verwaltung zu einer Demokratiekonferenz einzuladen, um partizipativ den Stand, die Ziele und die Ausrichtung der weiteren Arbeit in der Partnerschaft für Demokratie zu reflektieren und zu bestimmen.

Die Ergebnisse dieser Demokratiekonferenzen sollen in einem Handlungskonzept abgebildet werden, das mindestens jährlich fortgeschrieben wird. Die Umsetzung des Konzepts und ggf. erfolgende Veränderungen bzw. Ergänzungen sollen durch Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung legitimiert werden.

Das Themenspektrum des LAP, die erreichten Ergebnisse und erlangten Erkenntnisse sind breit gefächert. Entwicklung der Demokratie vor Ort gehört ebenso dazu wie die konkrete Arbeit gegen Rechtsextremismus oder die strategische Diskussion zu den Auswirkungen des demographischen Wandels und der Verarmung von Teilen der Gesellschaft.

Der LAP-Treffpunkt als Koordinierungsstelle und der Trägerverein „Minden – für Demokratie und Vielfalt e.V.“ dienen seit 2011 als zentrale Anlaufstelle. Hier werden die Aktivitäten verschiedener Bündnisse und Akteure gebündelt. Nicht alle Ergebnisse vorangegangener Diskussionen können in einem Handlungskonzept abgebildet werden. Viele gute Handlungsempfehlungen der letzten Jahre befinden sich noch in der Ausarbeitungs- und Planungsphase und werden weiter verfolgt. Dazu gehört z. B. die Einführung einer Beratungsstelle für Eltern und Familien, aber auch für Erzieher\*innen und Pädagog\*innen, die befürchten, dass Kinder und Jugendliche aus ihrem unmittelbaren Umfeld in den rechtsextremen Bereich abrutschen könnten.

Manche Erkenntnisse ergeben sich aus der praktischen Arbeit und fließen dann auch sofort wieder in diese ein, ohne Eingang in das Handlungskonzept zu finden. Sie spiegeln sich eher in den Diskussionen des Begleitausschusses wider oder in einzelnen konkreten Projekten.

Das vorliegende Handlungskonzept in der ersten Fortschreibung basiert auf den Ergebnissen der ersten Demokratiekonferenz in Minden als Auftaktveranstaltung des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ am 13.04.2015 sowie der zweiten Demokratiekonferenz am 26.10.2016 und den anschließenden konzeptionellen Überlegungen des Begleitausschusses.

In der ersten Demokratiekonferenz im April 2015 wurden in vier thematischen Arbeitsgruppen in Anlehnung an das Zielsystem des LAP Minden die bis dato identifizierten Haupt-handlungsfelder unter jeweils vier Gesichtspunkten betrachtet:

Im Sinne einer Bestandsaufnahme wurde ein Status quo zum jeweiligen Handlungsfeld festgelegt. Die Frage nach den relevanten Zielgruppen wurde gestellt, ebenso die Frage nach den für das Handlungsfeld bedeutsamen Diskriminierungsformen. Zuletzt wurde die Qualität der Arbeit in Bezug auf Professionalität, Bedarfsorientierung, Effizienz und ähnliche Aspekte thematisiert.

Dabei wurden Schwerpunkte hervorgehoben und auch Problemfelder aufgezeigt, die in Teilen eine Neuausrichtung der Arbeit sowie eine genauere Zielfokussierung in Form von SMART-Zielen ermöglicht haben.

Die zweite Demokratiekonferenz im Oktober 2016 stand deutlich unter dem Eindruck der seit Mitte des Jahres 2015 enorm ansteigenden Popularität von rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Politikansätzen, den damit verbundenen Wahlerfolgen und den fortgesetzten sprachlichen und programmatischen Tabubrüchen ihrer Vertreterinnen und Vertreter. Gleichzeitig erschreckte die massive Zunahme von

fremdenfeindlichen Gewalttaten insbesondere gegen Flüchtlinge, aber auch schon länger in Deutschland lebende Minderheiten, begleitet von europaweiten nationalen Abschottungsbewegungen und einer Renaissance chauvinistischer bis völkischer Rhetorik und Programmatik.

Die zweite Demokratiekonferenz hat deshalb neben dem Rückblick auf die Projekte der letzten 18 Monate folgerichtig die Themenfelder „Demokratie“ und „Nationalismus / Patriotismus“ in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt. In zwei von externen Expert\*innen moderierten Workshops mit den Titeln „Unsere Demokratie – Sind wir noch zu retten?“ sowie „Unter uns bleiben? Nationalismus und Patriotismus als Zuflucht vor der großen Welt“ sind sowohl grundlegend programmatische Diskussionen geführt worden als auch neue bzw. modifizierte Handlungsansätze für die „Partnerschaft für Demokratie“ in Minden entwickelt worden.

Der dritte Schwerpunkt der zweiten Demokratiekonferenz war die Konsolidierung der Arbeit des Jugendforums. Dieser eigenständige Förderbereich mit der ohne Frage wichtigsten Zielgruppe von jungen Menschen bis 27 Jahren konnte in Minden bisher nur unzureichend ausgefüllt werden. Eine kontinuierliche Arbeit mit eigenen Projekten und stabilen Strukturen zu initiieren war das Ziel dieses ebenfalls extern moderierten Workshops.

## **2. Ergebnisse und Erkenntnisse der zweiten Demokratiekonferenz**

### **2.1. Workshop Jugendforum**

Wenn Demokratie Zukunft haben soll bei uns, müssen gerade Jugendliche und junge Erwachsene sich damit auseinandersetzen und ihre eigenen Erfahrungen damit machen. Das darf nicht unter der „Kontrolle“ oder „Aufsicht“ der älteren Generationen stehen und muss in seinen Formen und Ausprägungen auch den Lebenswelten und soziokulturellen Rahmen der Akteure entsprechen.

#### Bestandsaufnahme:

Die Bestandsaufnahme der bisherigen Aktivitäten ist durchmischt. Es gibt einen Kreis von Aktiven und Interessierten in Minden, einige haben politische Ämter und sind in Vereinen und Institutionen aktiv. Die offizielle Konstituierung des Jugendforums hat bereits stattgefunden, es gibt regelmäßige Treffen des Jugendforums – aber wenige Teilnehmer\*innen die regelmäßig kommen. Hier ist der Wunsch groß, dass sich mehr regelmäßige Teilnehmer/innen finden. Einige Jugendliche waren bei den ersten Treffen, sind aber dann nicht mehr wiedergekommen – die Gründe dafür sind eher unklar geblieben. Es wäre hilfreich diese Gründe für ein „Nichtmehr-Kommen“ abzufragen und ggf. für die Weiterentwicklung der Formate des Jugendforums zu berücksichtigen.

Das Jugendforum hat zwei Sprecher\*innen und deren Stellvertreter\*in gewählt und eine Geschäftsordnung entwickelt. Die Strukturen sind einigen Interessierten aber eher unklar bzw. fremd. Es war den meisten Jugendlichen, die am Workshop der Demokratiekonferenz teilgenommen haben, nicht wirklich klar was das Jugendforum ist, was ihre Aufgaben darin sind, wie



sie mitwirken könnten und was sie vor allem erreichen könnten. Hier wären noch einmal klarere und strukturiertere Informationen notwendig.

Die Treffen des Jugendforums laufen eher unstrukturiert ab – die Zeit für den Austausch, auch über allgemeine gesellschaftliche Themen, ist gewünscht, der Weg der Debatte hin zu Zielen und Aufgaben für das Forum fällt der Gruppe aber schwer. Hier wird Unterstützung bei der Strukturierung der Treffen benötigt. Öffentlichkeitsarbeit ist bislang zu wenig erfolgt – der Wunsch, dass das Jugendforum bekannter wird, ist sehr groß. Die für das Jugendforum zur Verfügung stehenden Fördermittel sind bisher nicht verbraucht worden, da noch keine Projekte (mit Finanzbedarf) realisiert wurden.

Im Rahmen der Demokratiekonferenz hat sich eine größere Anzahl von Jugendlichen im Rahmen des Workshops deutlich interessiert gezeigt, sich künftig im Jugendforum zu engagieren, darunter auch einige, die bisher nicht zum Umfeld des Forums gezählt haben. Sie haben ihre Erwartungen, Ziele und Ideen formuliert und erste Vereinbarungen getroffen. Erste Projektideen sind ebenfalls vorhanden, es fehlen allerdings noch weitergehende Informationen, worauf im Zusammenhang mit dem Bundesprogramm geachtet werden muss.

#### Erwartungen und Ziele:

Die Jugendlichen wünschen sich vor allem eine Plattform, um politisch aktiv zu werden und sich politisch auseinanderzusetzen. Gegebenenfalls lässt sich aus diesem Engagement heraus ein neues KJP (kommunales Kinder- und Jugendparlament) entwickeln.

Die Jugendlichen verstehen das Jugendforum auch als Plattform für politische Bildung und möchten politische Bildung über das Jugendforum und das Bundesprogramm in der Stadt Minden mehr verankern.

Das Jugendforum möchte grundsätzlich und kontinuierlich am Selbstverständnis arbeiten und versteht das als einen offenen Prozess, an dem weiterhin gearbeitet werden soll und muss.

Die Jugendlichen wünschen sich die Möglichkeit, gemeinsame Ausflüge und Fahrten zu machen z.B. nach Berlin oder zu anderen Jugendforen in anderen „Partnerschaften für Demokratie“, um Kontakte zu knüpfen und von ihnen zu lernen. Zudem soll die Gruppe darüber weiter zusammenwachsen.

Weiter besteht grundsätzlich der Wunsch nach viel Beteiligung und Partizipation und einer offenen und freundschaftlichen Atmosphäre. Gewünscht sind „Räume ohne Erwachsenenkontrolle“.

Das Jugendforum soll bekannter gemacht, z.B. über Öffentlichkeitsarbeit oder einen Infostand in der Stadt. Genutzt werden sollen aber auch soziale Netzwerke.

Die Orte der Treffen sollen nochmals mit den Teilnehmer\*innen diskutiert werden. Hier gibt es viele Ideen wie die Treffen und Sitzungen zukünftig gestaltet werden könnten, ggf. auch an verschiedenen Standorten.

#### Erste Ideen, auch für Projekte:

- Kunstprojekte für Vielfalt
- Beteiligung an Demos
- Bildungsfahrten
- Erklär-Video erstellen
- Direktansprache
- Zusammenarbeit mit Schulen/Schülervertretungen
- Giveaways: Kugelschreiber, Sticker, Armbänder (im Festival-Style)
- Multiplikator\*innen schaffen durch „Mund-zu-Mund-Propaganda“

## 2.2. Workshop Demokratie

In der ganzen westlichen Welt erstarben seit einigen Jahren rechtsgerichtete Parteien und rechtspopulistische Bewegungen. In Deutschland ist es längst nicht mehr nur die rechtsextreme NPD, sondern sind es vor allem die vermeintlich gemäßigeren Neuen Rechten, darunter die AfD und die islamfeindliche Pegida-Bewegung, die diesen Eindruck bestätigen. Die AfD ist mittlerweile mit Abgeordneten in zehn Landtagen vertreten. Hinzu kommen zahlreiche rechtsgerichtete Kleinstparteien und Gruppierungen, wie unter anderem „Der III. Weg“, die „Reichsbürger“ oder die sogenannte „Identitäre Bewegung“.

Auch im europäischen Ausland ist die Beteiligung der extremen Rechten an den jeweiligen Regierungen erschreckend hoch. In den Landesparlamenten sowie im Europaparlament sind eine Vielzahl rechtspopulistischer und z. T. rechtsextremer Parteien vertreten; in Frankreich erwartet man gespannt die Präsidentschaftswahlen 2017 und das Abschneiden der Front Nationale; in den Niederlanden erfährt die PVV mit ihrem Vorsitzenden Geert Wilders immer größeren Zulauf; und in Österreich steht mit Norbert Hofer ein Rechtspopulist zur Wahl des Bundespräsidenten.

Der Populismus von Rechtsaußen (und manchmal auch von links) ist, je nachdem wo man ihm in Europa begegnet, in durchaus unterschiedliche Gewänder gekleidet. Die politischen Zielsetzungen und Themen, die Populisten für ihre Polemik instrumentalisieren, sind unterschiedlich, jedoch häufig ähnlich. Aktuell sind hier unter anderem zu nennen: die Flüchtlingskrise, die europäische Wirtschaftspolitik und der schleichende Auseinanderfall Europas, der islamistische Terror oder die in vielen europäischen Ländern spürbare, zunehmende soziale Ungerechtigkeit. Schreckensnachrichten aus der ganzen Welt spielen den Populisten in die Hände und immer öfter findet

die aufgeheizte Stimmung nicht nur in Demonstrationen, sondern auch in Hass und Gewaltakten ihren Ausdruck.

Die Gemeinsamkeit rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen liegt auch in ihrem Politikstil, in der Art, Menschen anzusprechen. Sie geben sich bewusst „unpolitisch“, suggerieren „Volksnähe“. Sie argumentieren dabei u.a. mit Slogans wie „Wir sind das Volk“ und mit der Behauptung, eine vermeintliche Mehrheitsposition in der Bevölkerung zu Themen wie „Migration“, „innere Sicherheit“ oder „Strafrecht“ zu vertreten. Das soll den Anschein erwecken, eine quasi demokratische „Volksbewegung“ gegen die Meinungseliten aus etablierten Parteien, Medien und Institutionen darzustellen.

Es besteht durchaus die Gefahr, dass diese Positionen durch einen völlig verkürzten und „völkisch“ fundierten Demokratiebegriff („Mehrheit darf alles“) an Plausibilität und Attraktivität gewinnt.

Um sich von rassistischen Motiven freizusprechen, propagieren viele rechtspopulistische Bewegungen einen Ethnopluralismus, der sich mit dem Satz „Deutschland den Deutschen, die Türkei den Türken“ veranschaulichen lässt: Pluralität wird grundsätzlich bejaht, jedoch im Sinne parallel nebeneinander existierender und streng voneinander abgegrenzter, vermeintlich homogener Gesellschaften. Während Extremismus immer einen Angriff auf den Wesenskern des demokratischen Verfassungsstaates darstellt, sind rechtspopulistische Strömungen nicht per se demokratiefeindlich. Dennoch wird den Akteuren innerhalb dieser Milieus häufig zurecht vorgeworfen, Ressentiments gegen das vermeintlich Fremde zu schüren oder hetzerische, rassistische Aussagen zu treffen, mit denen sie die Grundwerte der freiheitlichen demokratischen Verfassung angreifen und verletzen. Björn Höcke von der AfD und anderen wird aus wissenschaftlicher Sicht offen eine Nähe zu nationalsozialistischem Gedankengut bescheinigt.

Vor allem die sprachlichen Anleihen an klar rechtsextremistischer Rhetorik (völkisch, Altparteien, Lügenpresse, Volksverräter), aber auch die gnadenlose Simplifizierung schwieriger Sachzusammenhänge und das Propagieren vermeintlich einfacher Lösungen ohne Diskurse und Interessenausgleich und Kompromiss führen zu einer spürbaren Erosion des demokratischen Grundkonsenses.

Unser über viele Jahrzehnte und auf den Ideen der Aufklärung und des Humanismus entwickeltes Verständnis von freiheitlicher Demokratie erscheint heute vielen Menschen zu komplex, zu kompliziert und damit fern. Das Demokratieverständnis unseres Grundgesetzes schließt neben dem System von Mehrheits- und Entscheidungsfindung durch Wahlen und Abstimmungen eben auch Humanität und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung sowie Freiheit und Lebenschancen mit ein.

Das Grundgesetz als Verfassung der Bundesrepublik Deutschland hat die Grund- und Menschenrechte (Artikel 1) und die demokratische Verfasstheit, den Rechts- und Sozialstaat sowie die horizontale und vertikale Gewaltenteilung (Artikel 20) zur unveränderlichen Grundlage allen staatlichen Handelns gemacht. Dies ist auch eine Konsequenz insbesondere aus den Erfahrungen der Weimarer Republik.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde in Deutschland erstmals der Versuch unternommen, eine Demokratie zu errichten. Doch die Weimarer Republik scheiterte. Für die Schmach der Alleinschuld am Ersten Weltkrieg und die wirtschaftlichen Missstände, die sich in Inflation und Krise äußerten, wurde die junge Demokratie verantwortlich gemacht. Aufgrund mangelnder Erfahrungen war das Parlament oftmals handlungsunfähig. Links- und rechtsgerichteten Putschversuche hatten zwar zunächst keinen Erfolg; doch die sich verschlechternde soziale Lage in der Republik ließ die Menschen nach immer drastischeren Lösungen su-

chen. Letztlich mündete diese Entwicklung in der Erstarkung der NSDAP und der Machtübernahme Hitlers 1933. In den folgenden Jahren wurde die Demokratie durch eine Diktatur mit einer menschenverachtenden Ideologie ersetzt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erhielt die Demokratie, zunächst in der BRD, eine zweite Chance.

Die Demokratie heute ist, im Gegensatz zu der ersten Demokratie von 1918/1919, Streitbar und wehrhaft. Die Weimarer Reichsverfassung besaß ein hohes Maß an Liberalität und hatte dem Aufstieg des Nationalsozialismus wenig entgegenzusetzen. Doch seit 1949 kann politischer Extremismus, der die Demokratie bedroht, gestützt auf das Grundgesetz, abgewehrt werden. Hier ergibt sich allerdings zwangsläufig ein prekäres Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit, das immer wieder und mit Recht zu Diskussionen führt.

Es ist unter Historikerinnen und Historikern durchaus umstritten, ob sich Geschichte wiederholt oder ob sogar nur daraus gelernt werden kann. Ein historischer Rückblick gerade am Beispiel der deutschen Geschichte kann aber die grundsätzliche Gefahr deutlich machen, die von einer systematischen Diskreditierung von demokratischen Diskursen und Institutionen, der Ausgrenzung von Minderheiten und dem Aufweichen von demokratischen und rechtsstaatlichen Verfahren, Grundrechten und Minderheitenschutz ausgeht. Im Deutschland der zwanziger und dreißiger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts (und in anderen europäischen Ländern auch) hat das geradewegs in den Faschismus geführt.

Auch wenn die deutliche Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland nach wie vor demokratische und humane Grundeinstellungen hat und unsere Demokratie auch deutlich stabiler ist als die von Weimar: Die gegenwärtigen Entwicklungen sind besorgniserregend. Wie man mit ihnen umgeht, wie man der möglichen

Bedrohung der Demokratie am wirkungsvollsten entgegnet, ist daher ein weiter zu diskutierendes Thema. Besonders bedenkenswert ist dabei die Frage, wie wehrhaft die deutsche und europäische Demokratie eigentlich ist und vor allem: sein darf, ohne dabei selbst antidemokratisch zu werden.

Unsere freiheitliche Demokratie ist sicher nicht in unmittelbarer Gefahr. Dass sie sich gegenwärtig großen Herausforderungen stellen muss, ist allerdings auch deutlich.

Um diesen Herausforderungen, aber auch der Verantwortung in der Demokratie-Arbeit in Minden gerecht zu werden, sind im Workshop verschiedene Ideen und Handlungsstrategien angedacht worden:

- Es ist notwendig, ein allseitiges Bewusstsein für diejenigen Grundprinzipien zu schaffen, die die Demokratie schützenswert machten. Ein einheitliches Demokratieverständnis bildet die Basis für das Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft, aber auch für die Stabilität derselben. Hierzu muss es (weiter) Diskurs- und Bildungsangebote geben.
- Gerade jetzt ist es wichtig, Verantwortung oder auch Gesicht zu zeigen und sich auf diese Weise für die freiheitliche Demokratie einzusetzen. Hierzu sind vielfältige Veranstaltungsformen und Aktionen denkbar.
- Intensive Aufklärungsarbeit und der gemeinsame Dialog, ebenso wie das konkrete (Er-)leben von Demokratie im Alltag sind Instrumente, mit deren Hilfe Demokratie fassbarer gemacht und der abstrakte Begriff in die soziale Realität überführt werden könne.
- Grundsätzlich müssen für alle Bürgerinnen und Bürger Begegnungsräume geschaffen werden, um durch Kommunikation Vorurteile abzubauen und Achtsamkeit zu fördern. Möglich wäre bei-

spielsweise die Einrichtung einer Kreativwerkstatt, in der sich Interessierte gemeinsam gestalterischen Aufgaben widmen können

- Um die Transparenz politischer Prozesse zu erhöhen, vor allem in Hinblick auf die anstehenden Land- und Bundestagswahlen 2017, könnte ein Workshop zum Thema Wahlen angeboten werden.
- Erfolgreiche Projekte sollten im Stadtbild mindestens sichtbar werden (Beispiel: Korbinians-Äpfelbäume). Auf diese Weise kann in der Öffentlichkeit ein größeres Bewusstsein für die geleistete Demokratiewerkarbeit geschaffen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern die Partizipation erleichtert werden. Damit bereits abgeschlossene Projekte nicht in Vergessenheit geraten und anschlussfähig bleiben, muss außerdem die Nachhaltigkeit der Arbeit im Auge behalten werden.
- Grundsätzlich muss es mehr Angebote und Hilfestellungen für potenziell Interessierte in der Demokratiewerkarbeit geben. Dazu müssen auch die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Zu klären bleibt die Frage, inwieweit rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen in den demokratischen Diskurs eingebunden werden sollen. Nicht verloren gegeben werden dürfen die Menschen, die zurzeit Sympathien für diese Weltbilder zeigen. Der Grat zwischen dem notwendigen demokratischen Diskurs einschließlich dem (wahrnehmbaren) Zeigen von Haltung und dem auch notwendigen „Aushalten“ latent und offen demokratiefeindlicher Positionen auf der einen Seite und der Gefahr einer unbeabsichtigten Verstärkung oder sogar Legitimierung derselben auf der anderen bleibt jedoch schmal. Die Debatte darüber ist jedoch zwingend weiter zu führen.

Das Engagement der Mindener Bürger\*innen für eine demokratische, vielfältige und weltoffene Gesellschaft



ist – so hat der Workshop eindrücklich gezeigt – groß. Der Wille, aber auch die Notwendigkeit, sich angesichts der aktuellen politischen und sozialen Entwicklungen für die Demokratie einzusetzen, wurde deutlich artikuliert.

Auf lokaler Ebene konnten mit Unterstützung des Bundesprogrammes „Toleranz Fördern – Kompetenz Stärken“ bereits zwischen 2011 und 2014 viele ambitionierte Projekte umgesetzt werden. In der aktuellen Förderphase (2015-2019) im Rahmen des Nachfolgeprogramms „*Demokratie leben!*“ soll an die guten Erfahrungen der Vorjahre angeknüpft werden. Wichtig ist es hierzu vor allem, mehr Raum für demokratische Partizipation zu schaffen. Das bedeutet einerseits und ganz grundlegend, eine breitere Öffentlichkeit über die Möglichkeiten der Demokratieförderung in Minden in Kenntnis zu setzen. Die Sichtbarmachung von erfolgreich durchgeführten Projekten im Stadtbild kann dazu einen ersten Beitrag leisten, ebenso wie die Präsenz des Vereins „Minden für Demokratie und Vielfalt e.V.“ und seiner Akteure im gesellschaftlichen Leben Mindens.

Andererseits ist es notwendig, die Grundvoraussetzung für politische Partizipation zu stärken. Aktionsbereitschaft kann nur dort entstehen, wo die Bürgerinnen und Bürger informiert sind und Kenntnis über politische Prozesse sowie die im Diskurs verwandten Begriffe besitzen. Überforderung und Desinteresse im Angesicht zu hoher Komplexität und einer immer unüberschaubareren sozialen Realität sind Problemen, denen aktiv entgegengewirkt werden muss.

Projekte, die diese Mechanismen verhindern, sind daher essentiell für das Funktionieren der Demokratie. Informationsabende und Workshops, in denen die Teilnehmenden sich über ihr Demokratieverständnis austauschen und Fragen über Zusammenhänge und Entwicklungen stellen können, sind besonders wichtig. Daneben können abstrakte Begriffe durch die

Durchführung von Planspielen mit Leben gefüllt und so konkret erfahrbar werden. Da sich die Welt zu einem Großteil durch Sprache erschließt, die unsere Wahrnehmung beeinflusst und – wie wir immer wieder sehen – auch zu einer gefährlichen Waffe werden kann, werden Angebote der sprachlichen Sensibilisierung nachdrücklich empfohlen.

### **2.3. Workshop Nationalismus und Patriotismus**

In ganz Europa ist zu beobachten, dass die Idee des vereinigten und multikulturellen Europas zunehmend zugunsten eines Rückzugs auf „nationale Interessen“ oder „patriotische Werte“ verliert. Die Flüchtlingsströme des Jahres 2015 haben neben einer überwältigenden Welle der Unterstützungsbereitschaft in Teilen der Bevölkerung einerseits eben auch zu Abgrenzungsbewegungen andererseits geführt, die von Verunsicherung über Angst vor Fremden bis hin zu offenem Rassismus reichen. Diskussionen über „Leitkultur“, „unsere Werte“ und „Integration“ sind oft von einer Dichotomie von „Wir und Die“ geprägt.

Rechtspopulisten und „Patriotische Europäer“ in Dresden und anderswo gerieren sich ebenso als Sachwalter „deutscher Kultur und deutscher Interessen“, wie das ihre Brüder und Schwestern im Geiste beispielsweise in Frankreich (Front National) oder in den Niederlanden (Partij voor de Vrijheid) unter der jeweiligen nationalen Färbung dort tun.

Die Begriffe Volk, Heimat, Nation und Staat werden dabei beliebig durcheinandergeworfen, im Ergebnis aber ausgrenzend benutzt. In Deutschland wird darüber hinaus noch behauptet, der „natürliche Patriotismus“ sei lange erst durch die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und anschließend durch eine „linke Hegemonie“ unterdrückt worden. Einen „gesunden Nationalismus“ gebe es auch in anderen europäischen

Ländern, hier gebe es in Deutschland einen Nachholbedarf. Vor diesem Hintergrund werden radikale, ausgrenzende und offen fremdenfeindliche bzw. rassistische Positionierungen bis in die Mitte der Gesellschaft hinein vertreten. Es findet so zunehmend eine sprachliche „Entgrenzung“ statt.

Angesichts einer globalisierten Welt und einer subjektiv steigenden Bedrohung „von außen“ erscheint der Rückzug hinter die eigenen Grenzen von Staat, Nation oder anderen vermeintlich homogenen Klammern („christliches Abendland“) vielen Menschen zunehmend attraktiv und befriedigt ihr Bedürfnis nach Sicherheit.

Grundsätzlich ist in dieser Debatte eine Klärung der Begriffe notwendig bzw. ein Blick auf die unterschiedlichen (Be-) Deutungen auch im historischen sowie rechtlichen Kontext. Der Begriff „Staat“ ist ein eher rechtlich fixierter, oft aber auch überlagert durch den Begriff „Nation“, der auch ethnische Komponenten haben kann. Das zeigt sich beispielsweise am unterschiedlichen Staatsbürgerschaftsrecht. In Ländern wie Frankreich oder den USA gilt auch heute ausschließlich das Geburtsortprinzip (*ius soli*). Dem gegenüber steht die Situation in Deutschland, wo traditionell das Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*) bei der Staatsangehörigkeit maßgeblich ist und damit klar eine ethnische Komponente. Erst seit der Reform von 2000 steht das Geburtsortprinzip für die Kinder von Einwanderern (Doppelte Staatsbürgerschaft bis zur Volljährigkeit) neben dem Abstammungsprinzip. Mehrere Parteien (CSU, AfD) fordern eine Rückkehr zu den alten Regularien, es handelt sich hier folglich weiterhin um ein aktuelles politisches Konfliktfeld. Diese Debatte ist also keineswegs erledigt und sollte mit Blick auf die eher zweifelhafte Kategorie „Volk“ im Sinne einer gemeinsamen biologischen Grundlage unbedingt weitergeführt werden.

Wie bedenklich die Fixierung auf diese kaum exakt zu definierenden Begriffe sein kann, zeigt ein – auch historischer – Blick auf den Völkischen Nationalismus als extreme Variante einer Verbindung von Nationalität/Volkszugehörigkeit mit (vermeintlicher) Abstammung.

Die Gemeinsamkeit der in sich sehr facettenreichen völkischen Strömungen war (und ist) eine ethnisch und kulturell homogen verstandene Nation bzw. Volk. Das deutsche Volk als ein Organismus („der Volkskörper“) aus dem vermeintlich „undeutsche“ Fremdkörper zu entfernen seien – die gemeinten Menschen werden hier also wie Krankheiten verstanden. Als solche sahen die Völkischen Juden, Slawen und generell Deutsche ausländischer Abstammung an. Darüber hinaus wurden aber zum Beispiel auch körperlich oder geistig behinderte Menschen („Sozialdarwinismus“) und politische Gegner als „undeutsch“ definiert und konnten so als „Fremde“ ausgegrenzt werden. Diese Programmatik der Nationalsozialisten endete in der millionenfachen Vernichtung von Menschen, im Völkermord.

Seit 1945 werden Grenzen zwischen „Völkern“ oder auch zwischen Nationen selbst in der extremen Rechten weniger anhand „rassischer“ Kriterien, sondern vielmehr anhand vermeintlich unvereinbarer Kulturen gezogen. In der „Identitären Bewegung“ beispielsweise wurde das Konzept des „Ethnopluralismus“ entwickelt, das den Schutz der unterschiedlichen „Kultur“- Nationen durch ethnische Reinhaltung fordert und das Liberalisierung und Globalisierung in einen Kontext mit den Auswirkungen des Kolonialismus etwa für indigene Völker stellt. Dem liegt die Behauptung zugrunde, Kultur wäre durch Geburt bzw. Zugehörigkeit zu einer Ethnie festgelegt, also etwas Statisches, das nicht zur Ethnie gehörende Menschen nicht erlernen oder verstehen können.

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass alle aufgeworfenen Begriff Konstrukte sind, von Menschen verwendet oder verworfen werden können und mit Bedeutung gefüllt werden müssen. Wie beispielsweise Zitate, aber auch historische Betrachtungen zeigen, können sie sehr unterschiedlich verstanden und interpretiert werden. Eine Nation, ein Kollektiv, eine Identität, eine oder die Kultur, das Volk usw., all das wird von Menschen geschaffen, konstruiert und erfunden. Am Ende sind es gesellschaftliche Konstrukte und natürlich keinesfalls „naturegegebene“ Grundlagen. Vor allem geht es darum, die eigene Gruppe, die Anderen bzw. die Fremden und die Grenze zwischen „ihnen“ und „uns“ definieren. Wo und ob man diese Grenze(n) zieht, ist folglich keineswegs „von Natur aus“ vorgegeben, sondern es liegt an der Gemeinschaft, sie zu definieren, festzulegen oder zu verwerfen.

Identität über gemeinsame Geschichte(n) und Werte halten eine Gesellschaft zusammen. Dies ist gerade bei ethnischer, religiöser und kultureller Vielfalt notwendig, muss aber von der Anlage her integrierend und einladend und nicht aus- und abgrenzend sein.

Die Debatte über die genannten Begriffe offensiv zu führen, dabei auch die Deutungshoheit anzustreben, ist notwendiger denn je. Die festzustellenden Entgrenzungen im Sprachgebrauch sind ein zunehmendes Problem. Die erschreckende Erfahrung gerade der letzten Monate ist, dass Nachbarn, Kollegen, Freunde und Bekannte sich weitaus offener fremdenfeindlich und verallgemeinernd abwertend über Muslime, Flüchtlinge, Migranten und Minderheiten etc. äußern. Vor allem werden die genannten Gruppen als Sündenböcke für alle möglichen Schwierigkeiten verantwortlich gemacht, etwa für Wohnungsmangel und niedrige Renten. Wichtig ist auch die Feststellung, dass diese Veränderungen nicht ausschließlich an ein-

zelne politische und soziale Lager geknüpft sind, sondern grundsätzlich aus allen gesellschaftlichen Schichten und Gruppen zu vernehmen sind.

Notwendig für die weitere Arbeit sind weitere Formate der politischen Bildung und des politischen Diskurses. Dabei sollte sich aber nicht vorwiegend an den Argumentationsmustern der völkischen Rechten orientiert werden, sondern Aufklärung im Sinne des Wortes betrieben werden und vor allem das Gegenmodell eines modernen, nicht auf Abstammung und statischen Kulturbegriffen basierenden Gesellschaftsmodells weiterentwickelt und offensiv vertreten werden.

Notwendig sind auch Schulungsangebote, um Auseinandersetzungen und Diskussionen in Alltagssituationen bewältigen zu können. Dazu gehören auch Formate zum Erfahrungsaustausch.

## **2.4. Gesamtfazit und Handlungsempfehlungen**

Die „Partnerschaft für Demokratie“ in Minden basiert auf z. T. jahrzehntelangem, bürgerschaftlichem Engagement in der Stadt. Es gibt daher eine breit gestreute Kompetenz und vielfältige Aktivitäten. Das Fundament für Demokratie und Vielfalt ist solide.

Die Entwicklungen der letzten 18 Monate sind allerdings auch nicht spurlos an Minden vorbeigegangen. Rechtspopulistische und rechtsextreme Haltungen oder Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung von Minderheiten finden auch hier ihren Widerhall. Der offensive Einsatz für Demokratie und Vielfalt ist notwendiger denn je.

Sowohl Demokratie als auch kulturelle und ethnische Vielfalt müssen erlebbar und erfahrbar sein bzw. werden. Das Ziel gerade lokaler Demokratie-Arbeit muss es sein, hierfür Orte und Gelegenheiten zu schaffen.

Diese müssen niedrighschwellig sein, in ihrer inhaltlichen Substanz aber durchaus anspruchsvoll und fordernd.

Klassische politische Bildung in möglichst attraktiver und zeitgemäßer Form sollte ein Schwerpunkt der nächsten Monate sein. Die Zielgruppe sind neben jungen Menschen alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Ziel ist es dabei auch, die Deutungshoheit über Begriffe nicht den Gegnern einer freiheitlichen Gesellschaft zu überlassen.

Politischer Diskurs und politische Auseinandersetzung muss wieder deutlich mehr Teil des gesellschaftlichen Alltags werden, um eine weitere Entpolitisierung zu verhindern. Auch hierfür sollten in den nächsten Monaten Formen und Foren entwickelt und angeboten werden. Das Format „Workshop“ sollte als intensive Arbeits- und Diskussionsform künftig auch außerhalb von Demokratiekonferenzen angeboten werden. Hierfür ist vor allem eine professionelle methodische Begleitung unerlässlich.

Die Demokratie-Arbeit in Minden muss noch wahrnehmbarer werden, die Ergebnisse von Projekten sollten, wenn möglich, im Stadtbild sichtbar sein.

Die sehr hoffnungsvollen Ansätze des Jugendforums müssen mit Priorität auch in Bezug auf Ressourcen unterstützt und begleitet werden, ohne die Eigenverantwortung und Selbststeuerung durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst in Frage zu stellen. Für das Jugendforum sollte deshalb die Einstellung einer Honorarkraft zur „Betreuung“ auf Stundenbasis in Erwägung gezogen werden.

Um die bereits entwickelten Ideen auch in Umsetzung zu bringen, wäre ein Workshop „Von der Idee zum Projekt“ ratsam. Hier könnte ein/e Referent/in mit den Jugendlichen aus dem Jugendforum und anderen

interessierten Jugendlichen erarbeiten, wie ein Projektstrukturplan und eine Budgetplanung aussehen kann und was innerhalb der Richtlinien des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zu beachten ist. Eine eigene Vortrags- und Diskussionsreihe im Bereich politischer Bildung wäre ein gut geeignetes Instrument, um einerseits auf das Jugendforum aufmerksam zu machen und andererseits den politischen Jugenddiskurs in Minden voran zu bringen.

Die gemeinsame Planung einer ersten Gruppenfahrt ggf. in Unterstützung mit der Honorarkraft wäre sehr gut geeignet, die Gruppe zu festigen und für die weitere Zusammenarbeit zu stärken. Hierfür könnte das Jugendforum sich Unterstützung von Hauptamtlichen aus der offenen Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Minden holen und bräuchte auch für die Durchführung der Fahrt Teamer/innen, die ebenfalls auf Honorarbasis die Fahrt begleiten. Langfristig wäre es denkbar und hilfreich, einige der Teamer/innen des Jugendforums mit der JuLeiCa (Jugendleiter/in-Card) auszustatten, damit die Gruppe solche Fahrten selbständiger planen und durchführen kann.



### 3. Ziele und Handlungsfelder der Partnerschaft für Demokratie

Als Basis der im Handlungskonzept 2015 definierten Handlungsfelder ist in Anknüpfung an die bisherige Arbeit das Zielsystem des LAP Minden aus dem bisherigen Förderprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ übernommen worden. Die lokale „Partnerschaft für Demokratie“ in Minden entwickelt sich somit auf der Basis der bisher festgelegten und im Wesentlichen erfolgreichen Strategien sowie der in der praktischen Umsetzung in Projekten gemachten Erfahrungen fort.

Das Zielsystem besteht aus einem Leitziel und vier Mittlerzielen. In den dazugehörigen Handlungsfeldern werden entsprechende Handlungsziele beschrieben.

Das **Leitziel** ist die generelle und langfristige Orientierung für die Demokratie-Arbeit in Minden und lautet:

*„Mindener Bürgerinnen und Bürger engagieren sich für Vielfalt, ein demokratisches Miteinander und Chancengleichheit. Sie leisten einen aktiven Beitrag für Integration und gegen Ausgrenzung.“*

Die herausgestellten Aspekte zu den einzelnen Handlungsfeldern machen deutlich, wo eine aktuelle Priorisierung und Fokussierung für die weitere Arbeit bisher gelegen hat und auch weiter liegen kann, ohne die übrigen Aspekte und Elemente zu den jeweiligen Themenbereichen damit auszuklamern. Das Handlungskonzept in seiner jeweiligen Fortschreibung stellt insoweit keine ausschließliche Aufzählung der relevanten Aspekte, Zielgruppen oder Maßnahmen mit dem Anspruch auf Vollständigkeit dar, sondern macht vielmehr die aktuelle Schwerpunktsetzung innerhalb der Gesamtheit deutlich.

### **3.1. Handlungsfeld Entwicklung und Schulung**

#### Mittlerziel 1

Bürgerinnen und Bürger entwickeln interkulturelle und historische Kompetenzen und eine nichtrassistische, tolerante Grundeinstellung. Sie engagieren sich für eine bunte, vielfältige Stadt.

Minden ist eine bunte und vielfältige Stadt. Damit das so bleibt, müssen den Bürgerinnen und Bürgern Angebote gemacht werden, die ihre historische, interkulturelle und politisch-demokratische Kompetenz unterstützen und ausbauen. So kann ein Bewusstsein für Problemlagen geschärft, Engagement für ein tolerantes Zusammenleben gefördert und die Zivilgesellschaft unterstützt werden.

In der Vergangenheit vielfach erprobte Veranstaltungsformen sollten weiterentwickelt werden hinsichtlich eines bedarfsgerechten Engagements. Dabei sind auch die Hauptzielgruppen in den Fokus zu nehmen und zu berücksichtigen, welche Form der Informationsvermittlung individuell geeignet erschien. Die aktuellen Debatten um Demokratie, Europa und Flüchtlinge sind offensiv aufzugreifen. Der vielfach verbreiteten Gleichgültigkeit gegenüber Politik und demokratischen Prozessen soll ein positives Bild von engagierten Bürgerinnen und Bürgern gegenübergestellt werden, die sich für freiheitliche Demokratie, Menschlichkeit und friedliches Zusammenleben einsetzen. Politischer Diskurs und politischer Streit (im besten Sinne des Wortes) als das Ringen um den besten Weg muss wieder gesellschaftsfähiger und alltäglicher werden. Das bedarf sowohl bewährter als auch neu zu entwickelnder Veranstaltungsformate, auch, um neue Zielgruppen zu erreichen (s. u.).

### 3.1.1. Bestandsaufnahme

Im Rahmen der Bestandsaufnahme für dieses Handlungsfeld können diverse Projekte im Sinne von best-practice-Beispielen identifiziert werden und somit auch für die künftige Arbeit modellhaft wirken. Diese zeichnen sich entweder durch eine große öffentliche Wahrnehmung und entsprechendes Aktivierungspotenzial in der Stadtgesellschaft aus (wie bspw. Parade der Vielfalt, Altstadtfest, Nacht der Toleranz, Woche der gegenseitigen Achtung, Demonstration „Minden gegen Rechts“). Oder sie brachten die Projektteilnehmer dazu, sich intensiv mit den Projektinhalten auseinanderzusetzen und anschließend selbst zu agieren (z. B. Studienreisen nach Theresienstadt oder zur Gedenkstätte in Bergen-Belsen, „Bücher aus dem Feuer“ oder auch das Projekt Korbiniansapfelbäume).

Darüber hinaus können unter den Oberbegriffen Analyse und Anleitung Projekte wie z. B. „Situationsanalyse/Beobachtung Hamburger Hof-Prozess“, „Aufbau Sportverein Rodenbeck“, „Web-Wächter gegen rechtsextreme Tendenzen“, „Interkulturelle Kompetenz für die Schule“ oder die Analyse von religiös und/oder nationalistisch begründetem Extremismus zusammengefasst werden. Wesentliches Merkmal war hier jeweils die Fokussierung auf einen speziellen Themenaspekt mit dem Resultat einer inhaltlichen Vertiefung, aber oftmals auch einer für andere Projekte und Personen hilfreichen und unmittelbar anwendbaren Handlungsempfehlung.

Ganz ähnlich ist die Arbeit von „Minden gegen Rechts“ zu bewerten, die sich u.a. mit der Organisation von Podiumsdiskussionen (z. B. gegen Alltagsrassismus) richtet.

Geprägt war dieses (und auch andere) Handlungsfelder von der sich in 2015 deutlich verstärkten Aufnahme von Flüchtlingen auch in Minden. In Projekten wie der Schulung von Flüchtlingspaten, der Fortbildung/Weiterentwicklung der Mindener Integrationsassistenten, aber auch einem Fußballturnier mit Flüchtlingen („Grenzen wegbolzen“) wird das deutlich.

Als bewährte und vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung zu verstärkende Veranstaltungsformate sind darüber hinaus Projekte zur Meinungsbildung und Wissensvermittlung zu bewerten (siehe Vortrags-, Film- und Diskussionsreihe, diverse Ausstellungen, Podiumsdiskussionen).

Kritisch bewertet werden muss, dass es in den letzten Monaten zu wenig gelungen ist, ein breiteres Zielpublikum zu gewinnen. Das kann, trotz der sehr breiten Basis in Minden, letztendlich nicht genügen.

Dafür konnten in den letzten eineinhalb Jahren allerdings einige neue Träger von Projekten sowohl für dieses als auch für andere Handlungsfelder gewonnen werden, die dann in Teilen auch ihr spezifisches Zielpublikum „mitgebracht“ haben. Beispiele sind hier der Förderverein der Wichernschule, der Musiktreff am Beat e. V., Chorschule Todtenhausen, Ehemaligenverein des Herder-Gymnasiums (eher), Weltladen Minden.

Noch unterrepräsentiert ist der Bereich Sport; hier gilt es, zukünftig verstärkt Aktivitäten zu entwickeln, die sich möglicherweise auch auf den Jugendbereich/Jugendforum auswirken können.

### 3.1.2. Zielgruppen und Methoden

Im Fokus neuer Projektideen und -vorschläge im Rahmen dieses Handlungsfeldes sollten gerade nach den Diskussionen und positiven Ansätzen der zweiten Demokratiekonferenz noch stärker als bisher die Gruppe der Jugendlichen stehen. Dabei empfehlen sich Projekte für Jugendliche von Jugendlichen. Dem Jugendforum kommt dabei natürlich eine Schlüsselrolle zu, das gilt aber auch über diesen speziellen Kontext und Förderrahmen hinaus. Projekte sollten dabei sowohl das private als auch das schulische Umfeld der Jugendlichen berühren und an die Bedürfnisse dieser Zielgruppe angepasst sein. Als wichtig wird dabei angesehen, Möglichkeiten zu gemeinsamem und selbstorganisierten Gestalten zu geben, durch Begeisterung das Überwinden von Schranken und Hemmnissen zu ermöglichen, eine gute Erreichbarkeit der Angebote zu gewährleisten und Zeitaufwände für die Teilhabe zu minimieren, indem Veranstaltungsformate in kleinen Zeitfenstern geboten werden oder die Möglichkeit zum „Reinschnuppern“ besteht. Die Einführung niedrigschwelliger, informeller Angebote ist weiter notwendig.

In der Erinnerungskultur bietet es sich weiter an, Zeitzeugen hinzuzuziehen. Erfahrungsgemäß wird durch den persönlichen Kontakt die Auseinandersetzung mit der Thematik des Nationalsozialismus erheblich gefördert.

Nicht zuletzt sollte den Jugendlichen eine Möglichkeit geboten werden, sich mit ihren Überzeugungen und Erfahrungen zu präsentieren. Insgesamt sollte der Weg wegführen von einer ritualisierten Erinnerungskultur, hin zu neuen lebensnahen Methode der Auseinandersetzung mit dem Themenfeld.

Über die konkrete Zielgruppe der Jugendlichen hinaus wird es immer wichtiger, eine Sensibilisierung für das Thema Demokratie insgesamt dadurch zu erreichen, dass eine breitere Basis angesprochen wird. Das Thema soll wahrnehmbar werden, und zwar dort, wo Menschen ihren Alltag verbringen: in Vereinen und Gruppen, in den Ortsteilen und den einzelnen Wohngebieten. Um nach dem Motto zu handeln „das Thema kommt zu den Menschen“ wird es weiter erforderlich sein, neue Orte für Projekte zu erschließen, beispielsweise in den Stadtteilen über ein Quartiersmanagement oder ähnliche Stellen Stadtteilstellen zu initiieren, aber auch unbürokratische Anlaufstellen für Beratung zu installieren, die bei Erfahrungen mit Rassismus und Diskriminierung als Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung stehen.

Die Zielgruppe reicht damit von jung bis alt und schließt alle Kulturkreise mit ein. Es geht um die konkrete Begegnung mit den Menschen vor Ort, und zwar denen, die sich nicht politisch engagieren und die keine intellektuellen Angebote nutzen. Über mehr konkrete Maßnahmen in den Ortsteilen sollen sie erreicht werden. Insgesamt sollen Möglichkeiten zum gegenseitigen Kennenlernen und damit voneinander Lernen geschaffen werden, damit deutlich werden kann, dass Zuwanderung eine Chance und ein Gewinn für Minden ist.

Die beschlossene deutliche Verstärkung der Stadtteilarbeit in Minden einschließlich der Implementierung von weiteren Stadtteilmanager/innen eröffnet hier weitere Anknüpfungsmöglichkeiten. Gerade für die Menschen in den sog. sozial benachteiligten Stadtteilen ist die Erfahrung von Selbstwirksamkeit bei der Gestaltung ihrer unmittelbaren Lebensumstände im-

mens wichtig. Dies ist eine bedeutende Zielgruppe, wenn es darum geht, Resistenz gegen totalitäre, demokratiefeindliche und menschenverachtende Denkmuster zu entwickeln

### 3.1.3. Handlungsempfehlungen

Vor dem Hintergrund der sehr aktuellen Auseinandersetzungen über Demokratie-, Staats- und Menschenbilder wird das offensive Angebot von Grundsatzdiskursen zu diesen Fragen von politischer Bildung und Aufklärung notwendig. Hier sollten künftig attraktive und methodisch gelungene Angebote gemacht werden, die diese Debatten aufgreifen. Um sich andeutende gesellschaftliche Spaltungstendenzen nicht zu vertiefen, sollten dabei auch diejenigen Menschen mit angesprochen werden, die Distanz zum freiheitlich-demokratischen Grundkonsens entwickelt haben, um auch ihre Beweggründe aufzugreifen und ernst zu nehmen. Dies muss geschehen, ohne eine klare Haltung aufzugeben oder gar den Funktionären und Aktivisten von rechtspopulistische, rechtsextremen oder anderen antidemokratischen und menschenfeindlichen Gruppen, Parteien und Initiativen eine Bühne zu bieten.

Sorgfältig ist auch darauf zu achten, dass nicht Sprach- und Argumentationsmuster versehentlich und unkritisch übernommen werden, die im Kern darauf abzielen, demokratische Verfahren, politischen Diskurs, Interessenausgleich und Vielfalt sowie die dazugehörigen Akteure zu diskreditieren.

Um die nachhaltige Wirkung der Arbeit in diesem Handlungsfeld zu erhöhen, bleibt die Empfehlung aus dem Handlungskonzept 2015 aktuell, Projektergebnisse künftig zu nutzen, um im Sinne einer effizienten Öffentlichkeitsarbeit eine breite Bevölkerungsbasis zu informieren und für das Thema Demokratie insgesamt zu interessieren. Gerade die Rückmeldungen aus den Projekten sind in besonderer Weise geeignet, Interesse an Teilhabe und Mitwirkung zu wecken. In konsequenter Fortsetzung dieser Absicht ist auch das Antragsverfahren für Projekte möglichst weiter zu vereinfachen, soweit die Rahmensetzungen des Förderprogramms das zulassen. Schwierige Antragstellungen können eine unnötige Barriere darstellen.

Darüber hinaus muss konsequent weiter daran gearbeitet werden, in der Reflexion von Antragstellung, Projektdurchführung und Projektergebnis die Wirkung der Projekte gerade in diesem Handlungsfeld weiter zu verbessern und zu fokussieren.

### **3.2. Handlungsfeld Bildung und Chancengleichheit**

#### Mittlerziel 2

Kinder, Jugendliche und Eltern aus bildungsfernen Familien (mit und ohne Migrationshintergrund) verwirklichen selbstbestimmt ihre Bildungsbiographien und übernehmen gemeinsam mit Bildungsträgern Mitverantwortung für die ökonomischen, politischen, kulturellen und zwischenmenschlichen Verhältnisse in Minden.

Die selbstbestimmte Verwirklichung der Bildungsbiographie und die Möglichkeit, gemeinsam mit Bildungsträgern Mitverantwortung für die ökonomi-



schen, politischen, kulturellen und zwischenmenschlichen Verhältnisse in Minden übernehmen zu können, wird als Erfolgsfaktor für die Prävention rassistischer bzw. menschenfeindlicher Haltungen gesehen. Dies gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien, mit und ohne Migrationshintergrund, aber auch für deren Eltern und Erziehungsbeauftragte und nicht zuletzt für die Akteure an Schulen in Brennpunktstadtteilen.

### 3.2.1. Bestandsaufnahme

Als guter Erfolg in diesem Handlungsfeld ist zu bewerten, dass inzwischen vier Schulen im Stadtgebiet (eine Förderschule, eine Gesamtschule und zwei Gymnasium) den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ tragen. Die Teilhabe an diesem bundesweiten Projekt und die Mitgliedschaft in dem daraus resultierenden Schulnetzwerk hat Auswirkungen auf den Schulalltag und den Umgang von Lehrer\*innen und Schüler\*innen miteinander.

Die im Juni 2014 durchgeführte Studienfahrt nach Theresienstadt, die von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit durchgeführt wurde, hat inzwischen je eine Wiederholung in 2015 und 2016 durch die Trägerschaft von „Minden – Für Demokratie und Vielfalt e. V.“ mit Förderung über den LAP erfahren und soll in den nächsten Jahren fortgesetzt werden. Sie trägt ebenso wie Fahrten nach Bergen-Belsen oder den Gedenkstätten in Berlin zu einem wirkungsvollen Programm in diesem Ziel- und Handlungsfeld bei.

Diese Projektform hat erhebliches Aktivierungspotential und sollte eine Art Standard werden, um noch mehr Schülerinnen und Schüler in die

persönliche Auseinandersetzung mit der Thematik zu bringen und so zu einer Bewusstseinsbildung beizutragen, die sich auch auf den Schulalltag und den Umgang untereinander auswirkt. Projekte wie "Achtsamkeit und Kooperation trainieren - ein Modellprojekt für Schüler/innen" des Fördervereins der Kurt-Tucholsky-Gesamtschule mit dem Ziel der Reflexion des eigenen Verhaltens und der Stärkung der eigenen Kompetenz zur Verhinderung von Alltagsdiskriminierung tragen zur Vielfalt und zu den Wirkungen in diesem Handlungs- und Zielfeld ebenso modellhaft bei wie das Theaterstück „Aus Fremden werden Freunde“ des Fördervereins der Wichernschule

Was in diesem Handlungsfeld auffällt ist, dass thematisch sehr vielfältige Projekte an vielen unterschiedlichen Schulen durchgeführt wurden. Darüber hinaus haben sich inzwischen gemeinsame Projekte zwischen Schulen entwickelt wie z. B. der Gedenktag 27. Januar, der von insgesamt vier Schulen getragen und organisiert wird. Eine Arbeitsgruppe erarbeitet dazu das Programm.

### 3.2.2. Zielgruppen und Methoden

Bei der Frage welche Unterstützung notwendig ist, damit gemeinsames Lernen aus der Vielfalt gelingt und diese als Bereicherung erlebt werden kann, ist vordringlichste Zielgruppe zunächst die Gruppe der Bildungseinrichtungen selbst. Ihr sollten - aus den eigenen Reihen durch die auf diesem Gebiet bereits erfahrenen Schulen – Unterstützung und Angebote offeriert werden z.B. bei Interesse an dem Projekt „Schule ohne Rassismus“.

Damit wäre auch bereits ein guter Schritt hin zu mehr Zusammenarbeit der Schulen getan.

Darüber hinaus ist weiter anzustreben, die freie Jugendarbeit, die Jugendarbeit der Stadt und auch die Jugendlichen selbst – z. B. über das Jugendforum - in die Arbeit einzubinden bzw. Kooperationen herzustellen. Auch die „traditionellen“ Vereine, z. B. aus dem Sportbereich, könnten hier eine Schlüsselrolle spielen.

### 3.2.3. Handlungsempfehlungen

In den Schulen werden extreme Diskriminierungsformen eher selten wahrgenommen. Permanent präsent sind jedoch pauschale Aburteilungen und Verallgemeinerungen sowie ein zum Teil erhebliches Maß an Alltagsrassismus. Dieser Realität zu begegnen, erfordert sowohl die Stärkung der Wertschätzung von Vielfalt insgesamt als auch einer positiven Grundhaltung des Einzelnen gegenüber Verschiedenartigkeit, gefolgt von dem Impuls auf diese zuzugehen.

Die Arbeit in diesem Kontext würde erleichtert, wenn es gelänge, für mehr soziale Heterogenität im Bildungssystem zu sorgen. Hierin ist eine Herausforderung zu sehen, die jedoch kaum durch den Lokalen Aktionsplan/die Partnerschaft für Demokratie gelöst werden kann. Hier liegt vielmehr eine Aufgabe für die städtische Schulentwicklungsplanung, die dieses Ziel mit hoher Priorität verfolgen sollte.

Im Rahmen der „Partnerschaft für Demokratie“ sollte jedoch die Zertifizierung weiterer Schulen als „Schule ohne Rassismus“ angestrebt werden. Dies kann, wie die bisher erfolgten Zertifizierungen in Minden gezeigt haben, gute Wirkungen entfalten. Notwendig hierfür sind allerdings, gerade für den Start eines solchen Prozesses, starke und engagierte Multiplikatoren und Promotoren aus den Schulgemeinden selbst. Hier

ist der Kreis Minden-Lübbecke inzwischen aktiv geworden. Begrüßenswert wären Gemeinschaftsprojekte mit mehreren Schulen (s. o.). Möglicherweise liegt hier ein Betätigungsfeld auch für das Jugendforum.

### **3.3. Handlungsfeld Begegnung**

#### Mittlerziel 3:

Bürger/innen jeglicher Abstammung und aller Altersgruppen der Stadtteile mit Brennpunktcharakter (überwiegend Bärenkämpfen, Rodenbeck, Rechtes Weserufer/Dankersen) fühlen sich im Stadtteil integriert. Sie nutzen und bringen sich engagiert in bestehende Angebote zu Bildung und zu nachbarschaftlichen Aktivitäten ein.

Idealerweise fühlen sich Bürgerinnen und Bürger in dem Stadtteil, in dem sie leben, integriert und zwar unabhängig davon, woher sie stammen und welcher Altersgruppe sie angehören. Dieses Ziel gilt in besonderem Maße für die Stadtteile mit Brennpunktcharakter, wie Bärenkämpfen, Rodenbeck und Rechtes Weserufer/Dankersen sowie in Teilen der Innenstadt. Stadtteilangebote, z.B. zu Bildung oder nachbarschaftlichen Aktivitäten sollen genutzt und von den Bewohnerinnen und Bewohnern aktiv mit Leben gefüllt werden. Es war zu erarbeiten, wie gemeinsames Wirken und miteinander leben im Stadtteil gelingen kann. Mit guten Beispielen aus der Stadtgesellschaft und nachhaltigen Projekten werden Erfolgsfaktoren geschaffen für gut aufgestellte Stadtteile, die kulturelle und religiöse Vielfalt konfliktfrei zu einem gesellschaftlichen Mehrwert machen.

### 3.3.1. Bestandsaufnahme

Um ein gemeinsames Wirken im Stadtteil zu erreichen, gilt es, Aktionen mit „Strohfeuer“-Charakter zu vermeiden und auf langfristige Wirkungen und Erfolge zu zielen.

Mit gutem Beispiel voran geht Minden etwa bei der Unterbringung von Flüchtlingen in den Stadtteilen. Diese erfolgt nach ausdrücklichem politischem Willen in dezentralen Wohnungen mit ortsnaher Unterstützung für die Menschen, beispielsweise durch einen Quartiersmanager oder eine Anlauf- und Beratungsstelle. Aufgrund des Anstieges der Flüchtlingszahlen im Jahr 2015 ist es allerdings zu einer Konzentration in einigen wenigen Stadtteilen gekommen, in denen von vornherein viele Menschen in schwierigen sozialen Situationen gelebt haben. Die Stadt Minden hat darauf mit einer erheblichen Verstärkung ihres Betreuungs- und Beratungsangebotes reagiert, das durch ein starkes bürgerschaftliches Engagement in der Flüchtlingshilfe mehr als ergänzt worden ist.

Im Dialog mit den Menschen vor Ort hat es sich bewährt, Berührungspunkten zu begegnen ohne sie zu zerstreuen. So kann Lernen bei den betroffenen Menschen einsetzen und ein Zusammenwachsen der Kulturen gelingen.

Die Arbeit in den Stadtteilen wird teilweise erschwert durch Drogenprobleme, die mit Erscheinungen wie Bandenbildung, Kriminalität und ähnlichem einhergehen.

Gute Integrationsarbeit leisten Vereine und Institutionen, die sich interkulturell öffnen und gezielt z.B. multikulturelle Sportprojekte fördern. Beispielhaft zu nennen sind hier das Projekt „Mit Tanz, Fitness und Co.“ der KSG Minden e. V.,

der Sportverein SC Rodenbeck oder der Sportclub International Minden e. V. und natürlich auch das Fußballturnier „Grenzen wegbolzen“.

Dies lässt sich ergänzen durch den „Interkulturellen Garten Minden e. V.“ in Bärenkämpfen oder Projekte wie „Willkommen in Bärenkämpfen“ des Caritasverbandes, das interkulturelle Musikprojekt "BABEL" der Offenen Kirche St. Simeonis oder der „Tanzoase“ des Evangelischen Kirchenkreises.

In diesem Kontext zu nennen ist auch (der vom LAP unabhängige) „Interreligiöse Dialog zwischen dem Ev. Kirchenkreis und der Türkisch-Islamischen Gemeinde Minden“ oder das mittlerweile seit 13 Jahren bestehende „Interkulturelle Frauenfest“ unter der Trägerschaft des Ev. Kirchenkreises.

### 3.3.2. Zielgruppen und Methoden

In einem Stadtteil gemeinsam wirken und miteinander leben, indem man kulturelle und religiöse Vielfalt nutzt und einen gesellschaftlichen Gewinn daraus generiert – das erfordert Menschen, die in demokratischen und toleranten Kategorien denken und diese Grundhaltung mehr und mehr verinnerlichen.

Die Zielgruppe dieses Handlungsfeldes ist damit so breit aufgestellt wie bei kaum einem der anderen Handlungsfelder.

Sie reicht von jung bis alt, vom Kindergarten bis zum Seniorenzentrum, vom Sportverein und der Schule über Kulturschaffende bis hin zu Beratungsstellen. Im Fokus steht immer der jeweilige Stadtteil mit seinen spezifischen Besonderheiten und den Menschen, die in ihm leben oder arbeiten.

Für die Hauptzielgruppe dieses Handlungsfelds wird daher der Begriff „Akteure“ gewählt und meint all diejenigen, die mit ihrem Tun, Wirken oder Dasein den jeweiligen Stadtteil ausmachen. Das können in Rodenbeck völlig andere Personengruppen sein als in Bärenkämpfen oder Rechtes Weserufer. Und doch sind sie gemeinsam die Zielgruppe dieses Handlungsfelds.

Es gilt diese Akteure weiter zu sensibilisieren, z.B. für extreme Einstellungen in den sozialen Netzwerken. Das Projekt „Web-Wächter“ der Kurt-Tucholsky-Gesamtschule sollte in den Stadtteilen Schule machen.

Außerdem gilt es, die Akteure weiterhin zu vernetzen, sie zur Zusammenarbeit im Bereich Sport, Bildung, Freizeit und Kultur zu motivieren und die Kommunikation untereinander zu verbessern.

Über allem steht immer das Ziel der Begegnung, des Kennenlernens, des wachsenden Vertrauens untereinander und letztlich des Zusammenhalts.

### 3.3.3. Handlungsempfehlungen

Eine bedarfsorientierte Arbeit zu diesem Handlungsfeld muss den Fokus noch stärker als bisher auf Begegnungen der Menschen vor Ort richten, auf den Abbau von Vorurteilen und das „Zusammen-wachsen“ im Stadtteil durch das gemeinsame, aber selbstbestimmte Gestalten des eigenen Lebensumfelds. Professionalität erlangt dieses Ansinnen durch das Einbinden von Multiplikatoren, wie zum Beispiel dem Kleingartenverein im Stadtteil, der Wohnungsbaugesellschaft, die die Hochhaussiedlung verwaltet, und

sich für gemischtes Wohnen ohne Ghettoisierung einsetzen kann, oder ähnlichen Akteuren im Stadtteil.

Die Durchführung von Kultur- und Stadtteilfeesten hat sich bewährt, um einen Großteil der Menschen vor Ort zu erreichen. Gleichzeitig wird der jeweilige Stadtteil in der öffentlichen Wahrnehmung positiv besetzt, erhält so etwas wie ein Markenzeichen und steigt im Ansehen der Stadtgesellschaft.

In puncto strategische Quartiersentwicklung sind weitere Ansätze denkbar, wie etwa Mieter-, Nachbarschafts- oder interkulturelle Gärten und kulinarische Entdeckungsreisen durch diese, Stadtteilbegrünung, Anlage und Nutzung kleiner Parks, etwa für Kulturfeste, Lesungen oder Konzerte, gemeinsame Sportprojekte und vieles mehr. Die Teilnahme der Stadt Minden am Programm „Soziale Stadt“ des Landes Nordrhein-Westfalen wird hier in Zukunft mehr Ressourcen und Kompetenzen zur Verfügung stellen. Die Etablierung von Stadtteilzentren zur Bündelung von Angeboten und als Treffpunkt wird damit auch finanziell leichter möglich.

Während es für Kinder und Jugendliche wie auch für Frauen oftmals zahlreiche Sport- und Freizeitangebote gibt, fehlen diese für erwachsene Männer weitestgehend. Hier gilt es, Betätigungsfelder im nachbarschaftlichen Bereich in den Stadtteilen zu schaffen und/oder aufzuzeigen.

Zu einer professionellen Herangehensweise gehört in diesem Fall auch das Bewusstsein dafür, dass der Weg zu einem notwendigen neuen „Wir“-Verständnis in den Stadtteilen und der Stadtgesellschaft insgesamt nicht ohne Konflikte sein wird, die es zu würdigen und auszuhalten gilt.



### 3.4. Handlungsfeld Verbindung und Verbindlichkeit

#### Mittlerziel 4:

Die handelnden Personen im Rahmen dieser Gesamtstrategie vernetzen sich konstant und schaffen verbindliche und nachhaltige Strukturen zur Erreichung der Mittlerziele 1 bis 3.

Für verbindliche und nachhaltige Strukturen und eine verlässliche Zusammenarbeit der handelnden Personen ist es erforderlich, sich konstant zu vernetzen, Engagement kooperativ zu betreiben und in stetigem Austausch über Ergebnisse und Erfahrungen zu stehen. Die Medien können und sollten dies unterstützen und die Akteure für die Öffentlichkeit sichtbar machen. Zu diesem Handlungsfeld gehört auch die Frage nach der Erweiterung des Netzwerks.

#### 3.4.1. Bestandsaufnahme

In Minden gibt es bereits eine gute Grundlage für ein funktionierendes Netzwerk: Es besteht durch den Lokalen Aktionsplan eine verlässliche Struktur und der LAP-Treffpunkt bildet insoweit einen Netzwerkknoten. Die „Partnerschaft für Demokratie“ konnte hier nahtlos anknüpfen. Das Netzwerk wächst durchaus, wenn auch nicht sprunghaft, sondern eher stetig.

Verbesserungsbedarf gibt es hinsichtlich der Wissensvermittlung untereinander, die Netzwerkmitglieder sollten mehr „Gesicht zeigen“ hinsichtlich ihrer jeweiligen Tätigkeitsfelder, damit Kompetenzen gebündelt und effizienter gearbeitet werden kann.

Darüber hinaus hat Minden gute Beispiele an Initiativen, die nach außen wirken und Menschen in der Stadt erreichen (wie „Minden Hand

in Hand“ und das „Interkulturelles Café“). Gelegentlich wird sichtbar, dass Initiativen nebeneinander arbeiten statt miteinander, teilweise sogar nicht voneinander wissen. Hier gilt es die Selbstdarstellung und den Informationsfluss zu anderen Gruppen zu verbessern, um auch in der Arbeit aktuell zu sein und im Bedarfsfall schnell reagieren zu können.

Die Demokratiekonferenz im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ selbst ist ein obligatorischer, allerdings nur jährlicher Informations- und Netzknoten geworden.

Projekte auch in diesem Handlungsfeld waren in 2015 und 2016 durch die Flüchtlingssituation gekennzeichnet. Zu nennen sind hier z.B. das Vernetzungstreffen "Forum Flüchtlingshilfe" oder auch das „Refugee-Café“ im Café Klee. Zu einem echten Netzknoten in Sachen Flüchtlingshilfe hat sich die Initiative „HOPE“ entwickelt, die ursprünglich die Verteilung von Kleiderspenden für Flüchtlinge organisiert hat, inzwischen aber darüber hinaus gehende Aktivitäten plant und durchführt und so Anlaufstelle für Menschen ist, die hier unterstützen wollen.

#### 3.4.2. Zielgruppen und Methoden

Wesentliche Zielgruppe der Arbeit zu diesem Handlungsfeld sind neben den traditionell schon aktiven Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen vor allem Medien, Unternehmen und Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften anzusehen. Ihre Multiplikatorenfunktion ist erheblich und für die öffentliche Wahrnehmbarkeit der Arbeit wichtig. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Medienformate zur Bekanntmachung von Angeboten, Aktionen und Veranstaltungen dahingehend geprüft

werden müssen, ob sie den richtigen Informationskanal darstellen, um den gewünschten Personenkreis zu erreichen.

Für nicht-deutschsprachige Menschen ist es wichtig, Informationen als Übersetzungen zur Verfügung zu stellen. Dies wird zunehmend obligatorisch und erleichtert damit Zugänge.

Darüber hinaus sind junge Menschen eine wichtige Zielgruppe, die zu politischem Engagement motiviert werden sollte. „Minden gegen Rechts“ leistet hier bereits gute Arbeit, das Engagement in den Schulen sollte insgesamt jedoch noch erweitert werden.

Mit dem Jugendforum kann für diese Zielgruppe künftig ein attraktives Angebot zum Engagement zur Verfügung stehen.

### 3.4.3. Handlungsempfehlungen

Bedarfsgerechte und effiziente Arbeit im Bereich der Vernetzung ist nicht zuletzt von einer gewissen Flexibilität abhängig. So sollten neue Wege der Kommunikation und Vernetzung ausprobiert werden, die eine Erweiterung der Informationskanäle versprechen. Die eigene Vernetzung kann beispielsweise von sozialen Medien wie „WhatsApp“ und „facebook“ profitieren.

Aktuelle und bedarfsgerechte Arbeit sollte dem Grundprinzip folgen, nicht immer alles selbst machen zu wollen, sondern vielmehr an vorhandene Veranstaltungen und Formate anzuknüpfen, Kooperationen einzugehen und sich und die eigene Thematik z. B. auf Großveranstaltungen zu präsentieren, damit wahrnehmbar wird, dass diese ein wesentlicher Bestandteil der Stadtgesellschaft ist. Hier bietet sich die Chance, über

Buttons oder Sticker eine zentrale Botschaft zu platzieren.

Kapazitäten hierfür können wiederum leichter im Zusammenspiel der Organisationen und Personen des Netzwerks geschaffen werden und es sollten Wege gefunden werden, wie es unkompliziert und unbürokratisch möglich wird, sich gegenseitig zu helfen.

## 4. Fazit und Ausblick

Die Arbeit der *Lokalen Partnerschaft für Demokratie* in Minden wird sich in den kommenden Monaten an den Ergebnissen der beiden Demokratiekonferenzen ausrichten. Im Überblick über die Handlungsfelder und vielfältigen Projekte funktioniert vieles in Minden bereits gut, an einigen Stellschrauben gilt es noch zu drehen, um die Arbeit zu verbessern und insgesamt effektiver zu gestalten. Und selbstverständlich dürfen auch die konkreten Probleme mit Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit in Minden nicht aus dem Blick geraten.

Das Streiten für Demokratie und Menschlichkeit ist heute, am Ende des Jahres 2016, notwendiger denn je. Die lokale Ebene mit ihren direkten Zugängen zu den Menschen und den Möglichkeiten tatsächlicher und alltäglicher Begegnung bietet hier vielfältige Ansatzpunkte.

Im Herbst 2017 wird im Rahmen der dritten Demokratiekonferenz weiter bilanziert und das Handlungskonzept mit seinen Zielen und Handlungsfeldern vor dem Hintergrund der dann aktuellen Entwicklung fortgeschrieben.

Wie auch immer die Bilanz dann aussieht: Minden wird eine vielfältige, tolerante und offene Stadt des Miteinanders bleiben, die den Feinden der Demokratie und der Menschlichkeit weiter entschlossen gegenübertritt.

## Anlage:

### Ziele nach den SMART-Kriterien

Zu Handlungsfeld 1 werden insgesamt 40 % der Projekte entsprechend der in diesem Konzept erfolgten Prioritätensetzung umgesetzt.

Zu Handlungsfeld 2 werden insgesamt 20 % der Projekte entsprechend der in diesem Konzept erfolgten Prioritätensetzung umgesetzt.

Zu Handlungsfeld 3 werden insgesamt 20 % der Projekte entsprechend der in diesem Konzept erfolgten Prioritätensetzung umgesetzt.

Zu Handlungsfeld 4 werden insgesamt 20 % der Projekte entsprechend der in diesem Konzept erfolgten Prioritätensetzung umgesetzt.